

New Labour und die Europäische Integration: Kontinuität und Wandel in der Entwicklung britischer Identitätskonstruktionen¹

Hans-Joachim Knopf

Großbritannien und Europa: Noch immer Sturm im Kanal?²

Obwohl Großbritannien 1973 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten ist, war niemand sehr überrascht, dass Großbritannien den 30. Jahrestag der Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) am 1. Januar 2003 nicht begeistert gefeiert hat, sondern sich dem Tagesgeschäft zugewandt hat – vielleicht sogar mit einigen anti-europäischen Veranstaltungen, organisiert von Euro-Skeptikern, die der Meinung sind, dass Großbritannien seine Souveränität und Unabhängigkeit vor 30 Jahren verloren hat. Nicht nur viele Engländer, sondern auch viele Briten³ sind widerwillige Europäer,

-
- 1 Aus dem Englischen übersetzt von Markus Wetterauer, Erfurt, dem ich dafür herzlich danke. Selbstverständlich zeichnet der Autor für alle Inhalte dieser Arbeit selbst verantwortlich.
 - 2 "Sturm im Kanal: Kontinent isoliert" verkündeten britische Anschlagsbretter für Zeitungen in den 1930er Jahren. Diese Art von arroganter Provinzialität kann sogar im neuen Jahrtausend gefunden werden. Das 'Nee' in den Niederlanden und das französische 'Non' in den Volksabstimmungen über die Europäische Verfassung 2005 wurden in Großbritannien mit kaum verhohlenen Jubel begrüßt.
 - 3 In diesem Aufsatz bin ich ausdrücklich interessiert an der englischen Identität und an englischen Einstellungen zu Europa. Dies ist eine entscheidende, aber schwierige Aufgabe. Was die Einstellungen anbelangt, ist es berechtigt, die Ansicht zu vertreten, dass alle Briten (nicht nur die Engländer, sondern auch die Schotten und die Waliser) Euro-skeptiker waren und immer noch sind, wobei die Schotten etwas weniger euroskeptisch sind als die Engländer oder die Waliser. Deshalb ist es richtig festzustellen, dass die britischen Einstellungen gegenüber Europa gekennzeichnet sind durch weitreichende Euroskepsis. Wenn man sich mit (nationalen) Identitäten beschäftigt, ist es schwierig, von einer britischen Identität als Identität aller Briten zu sprechen, weil sich zum Beispiel die Schotten mit einer doppelten Identität wohl fühlen. Obwohl die schottische Identität vorherrscht, kombinieren sie die meisten Schotten mit einer britischen Identität, aber deutlich entgegengesetzt zur englischen. Staatliche Identität (britisch zu sein) unterscheidet sich von ihrer nationalen Identität (schottisch zu sein), obwohl es für viele Menschen in England gleichbedeutend zu sein scheint, britisch zu sein und englisch zu sein. (Die Folge für Europa aus dieser Unterscheidung wird in folgender Aussage eines Parlamentsabgeordneten der Scottish National Party (SNP) ausgedrückt: "I mean sovereignty is actually a problem for the English. It's not a problem for us. We pooled our sovereignty with the English in a common market 300 years ago and what we are now saying is we wish to regain that sovereignty to once again pool it in a wider 300 million European Community. A growing changing community in which Scotland must be there in her own right participating in those changes" (Reicher 1997: 114).

selbst wenn das Vereinigte Königreich schließlich der EG 1973 beigetreten ist – nach zwei erfolglosen Anträgen von 1961 und 1967 und der anfänglichen Entscheidung in den 1950er Jahren, der "Europäischen Verbindung" nicht beizutreten. Allerdings, wie Linda Colley darlegt, gibt es Anzeichen zunehmender Unterschiede in den Ansichten der Menschen, die in den verschiedenen Gebieten und Nationen des Vereinigten Königreichs leben (Colley 1992: 373-375).

Nach Ansicht einiger Autoren ist die Beziehung Großbritanniens zu Europa immer noch mit zahlreichen Problemen behaftet. Viele Jahre nach seinem Beitritt bleibt Großbritannien 'of rather than in' (Bailey 1983), 'semi-detached' (George 1992) von Europa und der 'awkward partner' (George 1998) in den Augen vieler seiner europäischen Partner. Was ist die Quelle dieser Abneigung, deretwegen Großbritannien 'as a stumbling block in Europe' charakterisiert wird (The Guardian, 6. Juli 1995)?

Die Geschichte über Großbritannien und der europäischen Integration begann viele Jahre vor 1973. Nach dem 2. Weltkrieg weigerte sich Großbritannien, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) beizutreten, lehnte es ab, an der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) teilzunehmen, obwohl Großbritannien die EVG unterstützte und verzichtete darauf, der Europäischen Gemeinschaft beizutreten.

Selbst im neuen Jahrtausend, über 30 Jahre nachdem Großbritannien der Europäischen Gemeinschaft beigetreten ist, sieht sich Labour-Führer Tony Blair einer massiven Opposition gegenüber, wenn er versucht, sich Europa und der europäischen Politik zu nähern oder Großbritannien in der nahen Zukunft mehr auf Linie der europäischen Einheitswährung, dem Euro, zu bringen. Besonders die konservative Opposition kämpft hart, um die britische Währung, das Pfund, zu retten und verbindet diesen Kampf mit der Angst, immer mehr von Brüssel regiert zu werden. Boulevard-Zeitungen wie die *Sun* mit Millionen von Lesern geben ihr Bestes, um die Einführung des Euro in Großbritannien zu verhindern.

Obwohl Großbritannien schließlich 1973 der Europäischen Gemeinschaft beitrug, ist seine Beziehung zu Europa oftmals noch sehr schwierig. In diesem Artikel vertrete ich die Ansicht, dass diese Schwierigkeit zurückgeführt werden kann auf spezielle Konstruktionen britischer Identität, die zu einer bevorzugten Vision europäischer Ordnungsvorstellung führen.⁴ Die britische Vision politischer Ordnungsvorstellung steht allerdings

4 Nach Helen Wallace, die zwischen der 'functional' Dimension, der 'territorial' Dimension und der 'affiliational' Dimension der europäischen Integration unterscheidet, ist mei-

in Konflikt mit der Vision europäischer politischer Integration, wie sie von einigen Mitgliedern der europäischen politischen Elite verfolgt wird; und sie steht auch im Gegensatz zu einer Dynamik, wie sie in der Präambel zu den Römischen Verträgen niedergeschrieben ist. Das Ziel "einer immer engeren Union" in dieser Präambel sieht eine Qualität der europäischen Integration vor, die mit der britischen Identität nicht kompatibel ist. So folgen britische Visionen der Ordnungsvorstellung eines zwischenstaatlichen Modells, mit dem die britische Souveränität und unabhängige Nationalstaaten bewahrt werden können.⁵

Weder will ich unterstellen, dass Konstruktionen britischer Identität einen direkten Einfluss auf die britische Europapolitik haben, noch argumentiere ich, dass die britische Politik in fünfzig Jahren europäischer Integration statisch verlaufen ist. Die Europäisierung britischer Politikfelder wurde jüngst von Forster und Blair analysiert (Forster/Blair 2002). Ich bin interessiert am britischen Identitätsdiskurs über die europäische Einigung. Nach meinem Dafürhalten waren britische Identitätskonstruktionen im Verlauf der Zeit überraschend stabil, ebenso wie konsequenterweise die Visionen für eine europäische politische Ordnung.

Das theoretische Verhältnis zwischen (nationalen) Identitäten und (politischen) Interessen lässt sich dabei wie folgt darstellen (Wendt 2001: 231, Hervorhebungen im Original):

"Identities refer to who or what states *are*. They designate social kinds or states of being. Interests refer to what actors *want*. They designate motivations that help explain behavior. (I say 'help' because behavior also depends on beliefs about how to realize interests in a given context.) Interests presuppose identities because an actor cannot know what it wants until it knows who it is, and since identities have varying degrees of cultural content so will interests. Identities may themselves be chosen in the light of interests, as some rationalists have argued, but those interests themselves presuppose still deeper identities. However, identities by themselves do not explain action, since being is not the same thing as wanting, and we cannot 'read off' the latter from the former. This suggests that the efforts of partisans of each concept to ignore and trump the other are misguided. Without interests identities have no motivational force, without identities interests have no direction. Identities belong to the belief side of the intentional equation (desire + belief = action) ... while interests belong to the desire side."

Wenn ich mich mit Identitäten beschäftige, nehme ich eine sozialkonstruktivistische Sichtweise ein. Der sozialkonstruktivistische Ansatz basiert auf der Annahme, dass die soziale Welt durch das gesellschaftliche Handeln und die Sinninterpretationen der Akteure konstituiert ist. Aus

ne Untersuchung ein Beitrag zur letztgenannten Dimension, welche Fragen von Werten, Ideen, Identität und Kultur beinhaltet. (Wallace 2001)

5 Für eine vergleichende Analyse der nordischen Staaten (Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden) siehe Hansen/Wæver 2002.

der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit folgt schließlich, dass Identitäten, Interessen und Präferenzen der Akteure in die Analyse mit einbezogen werden müssen (Risse 1999a: 36-37).

Ebenso verwende ich sozialpsychologische Befunde. Gemäß der kognitiven Dissonanztheorie (Festinger 1957) sind kognitive Konstrukte im Zeitverlauf sehr stabil. Nationale Identitäten sind kognitive Konstrukte und können deshalb als höchst widerstandsfähig gegenüber (politischen) Veränderungen angesehen werden. Identitäten sind ebenfalls soziale kognitive Konstrukte des 'selbst' und des 'anderen'. Akteure wechseln ihre nationalen Identitäten nicht täglich. Die Veränderung von (nationalen) Identitäten ist ein langwieriger Prozess sozialen Lernens, bei dem die Menschen zunächst über einen langen Zeitraum unangenehme Informationen vermeiden oder vernachlässigen. Wichtige Einsichten in die Herausbildung sozialer Identitäten gewinne ich auch aus der Theorie der Sozialen Identität (Tajfel 1978, Tajfel 1979 und Tajfel/Turner 1979) und aus kognitiven Prozessen, die der Gruppenbildung zugrunde liegen, wie sie die Theorie der Selbst-Kategorisierung beschreibt (Turner 1987).

Die britische Debatte über die nationalstaatliche Identität muss deshalb meiner Meinung nach ernst genommen werden. An anderer Stelle habe ich schon gezeigt, dass die von den Briten bevorzugte Konzeption einer europäischen politischen Ordnung bisher immer innerhalb des Modells der Zwischenstaatlichkeit blieb. Diese vorherrschende Sicht kann meiner Ansicht nach auf relativ stabile Identitätskonstruktionen zurückgeführt werden. Die wichtigsten Komponenten der nationalstaatlichen Identität in meiner Untersuchung sind:

- die Auffassungen über die Zugehörigkeit zu einer Nation;
- die Entwicklung von Ideen zur Souveränität;
- die Interpretation der geschichtlichen Erfahrungen einer Nation;
- die Entwicklung von Besonderheiten einer Nation;
- die Bedeutung nationaler Symbole;
- die Auffassung über die zukünftige Rolle einer Nation

Im empirischen Teil des Aufsatzes konzentriere ich mich auf einige Ergebnisse zu Kontinuität und Wandel in der Entwicklung britischer Identität während Blairs New Labour-Periode. Eine detaillierte und umfassende Analyse zur Entwicklung britischer Identität im Verlauf von über vierzig Jahren findet man bei Knopf (2003). Um jedoch die Ergebnisse der New Labour-Periode einordnen zu können, fasse ich im nächsten Kapitel die Analyse der Entwicklung britischer Identität zwischen 1950 und 1993 zusammen.

Der Schwerpunkt dieser Analyse liegt auf empirischen Aspekten, ich möchte aber auch einige normative Überlegungen anstellen. Am Schluss vertrete ich die Ansicht, dass die britische parlamentarische Elite die Entwicklung einer europäischen Identität in Großbritannien stärker unterstützen sollte. Die Herausbildung einer europäischen Identität würde die britische Identität keineswegs verdrängen oder ersetzen, sondern vielmehr einen weiteren Bezugspunkt zur existierenden nationalen hinzufügen. In Großbritannien ist die Beziehung zu Europa leider immer noch dominiert von Begriffen, die durch den Gegensatz von 'wir' versus 'sie' verkörpert werden. Folglich wird die fortschreitende europäische Integration für die britische Identität oft als Bedrohung gesehen und nicht als Herausforderung und deshalb abgelehnt.

Im nächsten Abschnitt beschreibe ich kurz die Ergebnisse der oben genannten Untersuchung zwischen 1950 und 1993. Anschließend präsentiere ich einige Ergebnisse der Entwicklung britischer Identität in der Ära von New Labour. Abschließend schließe ich mit einem eher pessimistischen Ausblick und einigen Überlegungen zur zukünftigen Beziehung zwischen Großbritannien und Europa unter der Prämisse einer immer integrierteren Union.

Kontinuität und Wandel zwischen 1950 und 1993

In der Vergangenheit wurde Großbritannien oft als der schwierige Partner unter seinen europäischen Nachbarn und als Stolperstein in Europa, als halb-losgelöst von und eher außerhalb von Europa beschrieben. Ich unterstreiche diese 'traditionelle Sicht' mit Blick auf meine Untersuchung zur Entwicklung britischer Identität zwischen 1950 und 1993. Selbst im neuen Jahrtausend ist der Kampf um Europa noch nicht beendet – schon gar nicht innerhalb der Konservativen Partei. Die Bezeichnung von 'wir' versus 'sie' wird in der britischen politischen Debatte über Europa noch immer oft aufrecht erhalten.

Die empirischen Ergebnisse

Wenn man die Entwicklung der britischen Identität im Verlauf des europäischen Einigungsprozesses innerhalb der britischen parlamentarischen Elite in einem Zeitraum von mehr als 40 Jahren untersucht, wird der Einfluss auf die vorherrschende britische Sicht in Bezug auf die politischen Ordnungsvorstellungen für Europa deutlich. Ich vertrete die Ansicht, dass sich die dominierenden Konstruktionen britischer Identität zwischen 1950 und 1993 nicht dramatisch verändert haben. Die britische Konzeption einer europäischen politischen Ordnung folgt dem Modell des Intergouver-

nementalismus. Die Stabilität der Präferenz für eben diese politische Ordnungsvorstellung ist eine Folge dieser relativ stabilen Konstruktionen britischer Identität. Es gibt jedoch einige bedeutende Veränderungen innerhalb der Entwicklung britischer Identität.

Obwohl Großbritannien 1973 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beigetreten ist, haben sich die Konstruktionen zur britischen Identität nicht grundlegend verändert. Die EWG war für Großbritannien größtenteils eine wirtschaftliche Notwendigkeit ohne tiefere politische Implikationen oder Auswirkungen auf die britische Souveränität. Dabei sind die britischen Ansichten zu diesem Punkt ziemlich unrealistisch. Während die britischen Regierungen in den 1950er Jahren feststellten, dass sie aus politischen Gründen nicht beitreten konnten (und die – nach ihrer Auffassung – Integration auf dem europäischen Kontinent als politisches Projekt, das zu einem föderalen Europa führt, ablehnten), wurde dieser Aspekt in den 1960er und 1970er Jahren revidiert. Nun wurde argumentiert, dass unter dem Einfluss des französischen Präsidenten Charles de Gaulle die Europäische Gemeinschaft zu einem rein wirtschaftlichen Projekt geworden sei, das eine zwischenstaatliche Vision der europäischen politischen Ordnung favorisiere. Folglich wurden die britische Identität und die Vision eines Europa, das auf souveränen Nationalstaaten basiert, in Übereinstimmung gebracht mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Integration in Europa.

Die Europäische Gemeinschaft ist aber in den 1950er Jahren auf politischen Fundamenten gegründet worden. Britische Regierungen bevorzugten hingegen die Bezeichnungen einer wirtschaftlichen Gemeinschaft oder eines Gemeinsamen Markts. Es war eine wirtschaftliche Gemeinschaft, weil Wirtschaft der Weg war, um politische Ziele zu erreichen. Diese Ziele existierten nebeneinander, waren aber auch eng verflochten. Das Ziel einer immer engeren Union war nie reduziert auf bloße wirtschaftliche Anstrengungen. In den frühen 1960er Jahren entschied die konservative Regierung unter Harold Macmillan ohne großen Enthusiasmus, der EWG beizutreten. Großbritannien konnte nicht verhindern, dass an seiner Türschwelle eine neue wirtschaftliche Supermacht entstand. So hatte Großbritannien keine andere Wahl als ihr beizutreten. Großbritannien bewarb sich schließlich 1961 halbherzig um den Beitritt zur EWG, wie der *Guardian* kommentierte (zitiert in George 1998: 33):

"The plunge is to be taken but, on yesterday's evidence, by a shivering Government ... All that Mr Macmillan said is correct. But his approach is so half-hearted that it must diminish the chances of success in the negotiations. He has made a depressing start ... We must show that we believe in the ambition of a politically united Europe. This is just what Mr Macmillan has not done..."

Die gleiche Motivation findet sich auch bei der zweiten Bewerbung unter Labour- Premierminister Harold Wilson 1967. Wieder war Europa vor allem als wirtschaftliches Unternehmen konstruiert, dem Großbritannien notwendigerweise beitreten müsse. Beide Anträge wurden ohne Begeisterung für ein politisches Europa gemacht, aber mit dem Versprechen, dass die britische Souveränität davon nicht wesentlich tangiert sei.

"I remember that it used to be said in moving terms by Hugh Gaitskell that in his view this country is not ready for at least 20 years, to consider any political arrangements, as opposed to economic arrangements, which would involve foreign policy and defence matters being settled over our heads by some supranational organization, and I believe that this is still the case." [The Treaty of Rome] "is an economic instrument with certain machinery for dealing with economic problems." (Premierminister Wilson am 19. Mai 1966, zitiert in Kitzinger 1968:50.)

Als der überzeugte Europäer Edward Heath Großbritannien erfolgreich mit Europa verband, wurde das ebenfalls auf den gleichen fragwürdigen Grundlagen gemacht, nämlich, dass die EWG hauptsächlich einen kommerziellen und wirtschaftlichen Charakter habe und dass damit keine Erosion essentieller nationaler Souveränität verbunden wäre:

"I provide a clear assurance (...) that joining the Community does not entail a loss of national identity or an erosion of essential national sovereignty." (Premierminister Heath 1971: 32-33)

Deshalb kam diese Fehleinschätzung bei der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags wieder auf die Tagesordnung und verursachte enorme Probleme. Die europäische Dimension hatte immer die Kraft, über die Parteigrenzen hinweg zu trennen und auch die Macht, jede der großen politischen Parteien zu sprengen. In den 1970er Jahren spielte sie eine wichtige Rolle, als führende 'Pro-Europäer' von Labour mit ihrer Partei brachen und 1981 die Sozialdemokratische Partei (SDP) gründeten.

Die Regierung Major rettete den Vertrag der Europäischen Union (VEU, Maastrichter Vertrag), indem sie die föderale Formel im niederländischen Entwurf durch die Worte des Originalvertrags von Rom eines immer engeren Zusammenschlusses der Völker ersetzte, ebenso wie auch durch die Einführung des Subsidiaritäts-Prinzips, welches für die Major-Regierung nur die Re-Nationalisierung an die Europäische Gemeinschaft verlorener Zuständigkeiten bedeutete. Maastricht war von britischer Seite konstruiert als das Schlüsselmoment für die zukünftige Entwicklung der Gemeinschaft, ein Wendepunkt weg vom Trend der Zentralisierung und Föderalisierung, unter anderem durch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit innerhalb der drei Pfeiler außerhalb des Vertrags von Rom. Der Wunsch, im Herzen von Europa zu sein, war allzu optimistisch angesichts

der von Major gewählten Ausstiegsklauseln bei der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und im sozialen Bereich und des wachsenden Flügels von Euro-Skeptikern sowie Euro-Rebellen, die besänftigt werden mussten.

Nach meinen empirischen Ergebnissen hatten zwei Hauptbestandteile der nationalstaatlichen Identität, nämlich die Frage der (politischen) *Zugehörigkeit* und der Idee der britischen *Souveränität*, den stärksten Einfluss auf die bevorzugte Vision der europäischen politischen Ordnung. Wie die Analyse der politischen Debatte in Großbritannien zeigt, haben sich die Identitätskonstruktionen beider Kategorien zwischen 1950 und 1993 nicht dramatisch verändert und werden auch weiterhin einen großen Einfluss auf die besondere Bevorzugung des zwischenstaatlichen Modells und auf die britische Beziehung zu Europa in der Zukunft unter New Labour haben. Einige Veränderungen innerhalb der Konstruktionen dieser Hauptbestandteile verdienen jedoch Aufmerksamkeit: Im Gegensatz zu den 1950er Jahren war die britische Regierung Anfang der 1960er Jahre bereit, einen Teil der wirtschaftlichen Souveränität als Voraussetzung für einen Beitritt zur EWG abzugeben. Die Betonung der wirtschaftlichen Souveränität hat darüber hinaus zum Zeitpunkt von Maastricht in der parlamentarischen Debatte weiter abgenommen. Thatcher zeigte kein wirkliches Interesse für die wirtschaftliche Souveränität außer in Fragen der britischen Währung. Während die Bedeutung der britischen Souveränität ein vorherrschendes Thema bei den Identitätsdebatten im gesamten untersuchten Zeitraum ist, gab es immer auch einige Abgeordnete, die bereit waren, mehr Souveränität abzugeben.

Das stets aktuelle Problem eines Souveränitätsverlustes in der britischen Europadebatte wird in den folgenden zwei Zitaten aus dem Jahre 1950 und 1990 deutlich:

"Some people believe that the required unity of actions cannot be obtained by co-operation between sovereign states; it must be imposed by a supra-national body with executive powers. They consider that the European countries should form a Union in both the political and economic spheres by surrendering whole fields of government to a supra-national authority. The Labour Party considers that it is neither possible nor desirable under existing circumstances to form a complete Union political or economic, in this way. Instead national policies must be progressively harmonised or co-ordinated by consent through co-operation between governments." (Labour Party 1950:6)

"We should like to have the kind of Europe that we believe in and the Europe that we went in to join. (...) we were absolutely assured that we should not be giving up sovereignty. That was the basis upon which we went in." (Premierministerin Thatcher 1990: 877)

Das gleiche trifft auf den Aspekt der politischen Zugehörigkeit zu. Großbritannien war immer so konstruiert, dass es, mit nur wenigen Aus-

nahmen, politisch nicht zu Europa gehörte. In der Untersuchung der Maastricht-Fallstudie scheint es partiell eine Entwicklung innerhalb der britischen Labour Partei in diesem Punkt zu geben. Diese Entwicklung wird in der Stellungnahme des Labour-Abgeordneten George Galloway hervorgehoben (Galloway 1991: 876)

"Does the Prime Minister (John Major, H.-J. K.) accept that for many people of my age and younger in this country the British leaders' performance at Maastricht was rather embarrassing? Pasty-faced Englishmen waving the union jacks and shouting boo at Johnnie Foreigner are never an edifying sight – whether on the football terraces or in intergovernmental relations. It is not time that the older members of the House realised that the empire has gone, that the idea of Britain as east America – Athens to America's Rome – is a phantom of their imagination, and that our future lies in Europe? It lies at the heart of Europe, which means that we must be not in a minority of one but right where the decisions are made."

Zu den anderen vier Kategorien, zusammengefasst unter einer zurückblickenden Dimension (die Entwicklung der geschichtlichen Erfahrungen und Erinnerungen einer Nation, die Entwicklung der Besonderheiten einer Nation, die Entwicklung der Bedeutung nationaler Symbole) und einer in die Zukunft gerichteten Dimension (die Entwicklung der zukünftigen Rolle Großbritanniens in Europa und der Welt), sind im Verlauf der Zeit teilweise Veränderungen aufgetreten, aber diese Veränderungen konnten sich noch nicht als dauerhaft stabil erweisen. Der britische politische Diskurs über eine tiefere europäische Integration wird weiter behindert durch Teile der politischen Führung, die – in Übereinstimmung mit der Entwicklung der britischen Identität – zu viel Unentschlossenheit oder Ablehnung gegenüber einer tieferen (politischen) Integration zeigen. Einflussreiche Flügel von Euro-Skeptikern konstruieren Großbritannien weiterhin als zu verschieden von Europa und warnen, dass eine tiefere europäische Integration zu einem Verlust der britischen Identität führen würde:

"Yes, it is about being British and it is about what we feel for our country, our Parliament, our traditions and our liberties. Because of our history, that feeling is perhaps stronger here than anywhere else in Europe, and it must determine the way in which our Government approach such fundamental matters." (Thatcher 1991: 292)

Getreu dem Motto 'Und wenn die Posaune einen undeutlichen Ton gibt, wer wird sich zum Kampf rüsten,' (1 Korinther, 14:8) hat die parlamentarische Elite Großbritanniens nie ein klares Engagement für und einen Glauben an eine tiefere europäische Integration gezeigt. Solange auf ältere Identitätskonstruktionen innerhalb der politischen Debatte immer noch zurückgegriffen wird, werden diese weiter auf der Tagesordnung stehen und die Einstellungen der Briten beeinflussen.

Befürworter und Gegner einer sich vertiefenden europäischen Integration können, basierend auf den sechs Kategorien von Identitätskonstruktionen, unterschieden werden. Befürworter einer stärkeren europäischen Integration sind viel weniger strikt bei der Interpretation der Bedeutung der britischen Souveränität und bei Aspekten der politischen Zugehörigkeit. Dies lässt sich eindrucksvoll mit John Smiths Stellungnahme zur britischen Souveränität verdeutlichen. John Smith war der bisher wohl 'pro-europäischste' Labour-Führer überhaupt:

"In so many areas of modern government, the old-fashioned nation state just does not fit the circumstances of our age. The old idea of British sovereignty must be seen for what it is – a proud and honourable relic of our past, but nor a positive means of future progress." (Zitiert in Weinmann 1999: 78)

Außerdem sehen sie den Prozess der europäischen Integration viel mehr als Herausforderung für Großbritannien und seine Identität, bei dem Großbritannien britische Errungenschaften einbringen und mit seinen europäischen Partnern teilen könnte. Auf der anderen Seite ist für die Gegner der Verlust der britischen Souveränität immer eine schwierige Aufgabe gewesen und eine politische Zugehörigkeit zu Europa wurde stets zurückgewiesen. In ihren Augen ist der Prozess einer sich vertiefenden europäischen Integration eine Bedrohung für Großbritannien und seine Identität, bei der Großbritannien seine Identität Schritt für Schritt verlieren würde.

Als wichtiges Merkmal bei der Analyse der Entwicklung britischer Identität hat sich herauskristallisiert, dass die Pro-Europäer vor allem für Europa argumentieren, indem sie wirtschaftliche Argumente in den Vordergrund stellen, während Euro-Skeptiker signifikant häufiger an identitätsbezogene Assoziationen und politische Implikationen appellieren und dabei den Verlust der britischen Identität durch ein stärkeres britisches Engagement in Europa heraufbeschwören. Dies könnte die Strategie der Befürworter einer europäischen Integration sein, die britische Bevölkerung zu überzeugen, indem sie wirtschaftliche Argumente verwenden, so wie es auch wieder von Tony Blair im Zusammenhang mit den fünf wirtschaftlichen Tests propagiert wird, die über die Mitgliedschaft bei der europäischen Gemeinschaftswährung entscheiden sollen.⁶

Als zweites Merkmal kann festgestellt werden, dass die Debatte über Europa kein Rechts-Links-Issue darstellt. Obwohl zwischen 1950 und 1993

6 Die fünf wirtschaftlichen Kriterien beinhalten folgende Punkte: 1. Konvergenz der Ökonomien in der Euro-Zone, 2. Flexibilität der europäischen Wirtschaften, 3. Einfluss auf die Auslandsinvestitionen, 4. Einfluss auf die britischen Finanzdienstleistungen, 5. Einfluss auf Wachstum und Arbeitsplätze.

zeitweise die Konservative Partei und zeitweise die britische Labour Partei als 'pro-europäischer' charakterisiert werden kann, zeigt meine Analyse der Entwicklung britischer Identität gerade auch wegen des britischen Prinzips der "entgegengesetzten Politik" (adversarial politics) oder einer charismatischen pro/anti-europäischen Führung nicht nur tiefe Risse zwischen, sondern auch innerhalb dieser Parteien in Bezug auf eine sich vertiefende europäische Integration. Dies hat sich im Verlauf der europäischen Integration nicht verändert. Noch immer wird die britische Identität und die Entstehung einer europäischen Identität zu oft als sich gegenseitig ausschließend konstruiert.

Die empirischen Ergebnisse der sechs Kategorien britischer Identität sind kurz in *Tabelle 1* zusammengefasst und zeigen Stabilität, aber auch einige bedeutende Veränderungen, die jedoch für die parlamentarische Elite im Ganzen noch nicht dauerhaft sind, weil große Gruppen der britischen parlamentarischen Elite weiterhin ältere Identitätskonstruktionen vertreten. Neben dem Generationenunterschied spielt dabei auch sicherlich die Sozialisierung jüngerer oder neugewählter Abgeordneter unter einer europa-skeptischen Parteiführung eine gewichtige Rolle.

Mit Blick auf die Kernelemente nationalstaatlicher Identität kann man zutreffend die Ansicht vertreten, dass es kaum eine Veränderung in der Kategorie der politischen Zugehörigkeit zu Europa gab. Obwohl verschiedentlich Zugehörigkeiten zu Europa ausgedrückt wurden, manchmal als historische, kulturelle oder geografische Zugehörigkeit charakterisiert, sah die Mehrheit in Großbritannien ihr Land nie als politisch zu Europa zugehörig. Seit den Versuchen in den 1960er Jahren, sich für eine EG-Mitgliedschaft zu bewerben, wurde Großbritannien vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht zu Europa gehörend gesehen, was kein politisches Engagement ist, sondern nur Ausdruck wirtschaftlicher Notwendigkeit. Die Betonung der wirtschaftlichen Beziehung zwischen Europa und Großbritannien dauert an und wird als Argument von denjenigen 'pro-europäischen' Mitgliedern der britischen parlamentarischen Elite betont und angewandt, die Großbritannien in Europa integrieren möchten. Tiefere europäische Integration wird damit gerechtfertigt und als im wirtschaftlichen Interesse Großbritanniens dargestellt. Identitätsbezogene Argumente werden jedoch vermieden oder ignoriert. Das Gegenteil trifft auf die Gegner einer sich vertiefenden europäischen Integration zu.

Tabelle 1: Britische Identitätsentwicklung zwischen 1950 und 1993: Kontinuität und Wandel

Entwicklung zu einer europäischen Identität?		Entwicklung der Identität der britischen politischen Eliten zwischen 1950 und 1993. Teilweise Veränderungen, aber auch Kontinuität. Viele skeptische Stimmen bleiben. Identität immer noch konstruiert in Begriffen von 'wir' versus 'sie'
Bestandteile nationalstaatlicher Identität	Zugehörigkeit	keine Veränderung Politisch kein Engagement für Europa, ansonsten Unentschlossenheit. Großbritannien teilweise konstruiert als kulturell, geschichtlich und geografisch, strategisch oder wirtschaftlich zu Europa gehörend. Nicht durchgehend, sondern diffus. Seit den 1960er Jahren Betonung auf wirtschaftlicher Zugehörigkeit
	Souveränität	teilweise Veränderung: Verlust der wirtschaftlichen Souveränität wird akzeptiert Starke Bedeutung der parlamentarischen und nationalen Souveränität bleibt. Teilweise Veränderungen bei der wirtschaftlichen Souveränität. Nicht möglich in den frühen 1950er Jahren, sondern eher seit den 1960er Jahren, wirtschaftliche Notwendigkeit
	Geschichte	teilweise Veränderung Veränderung um die Zeit des britischen EWG-Beitritts. Zuerst starke Sympathie für die Commonwealth-Erfahrung in den Kriegen. Später stärkere Betonung der EG-Friedensrolle in Europa. Wunsch nach Teilnahme, aber auch Skepsis
	Besonderheiten	keine bedeutende Veränderung Teilweise Veränderung seit den späten 1960er Jahren, aber nicht stabil, wie Maastricht zeigt. Weiter Bedrohung des politischen, parlamentarischen and demokratischen Systems; Pragmatismus

Entwicklung zu einer europäischen Identität?		Entwicklung der Identität der britischen politischen Eliten zwischen 1950 und 1993. Teilweise Veränderungen, aber auch Kontinuität. Viele skeptische Stimmen bleiben. Identität immer noch konstruiert in Begriffen von 'wir' versus 'sie'
Bestandteile nationalstaatlicher Identität	nationale Symbole	keine Veränderung Nationale Symbole sind immer noch bedroht durch eine sich vertiefende europäische politische Integration; britisches Parlament und Demokratie, Pfund. Angst vor Verlust der britischen Identität
	zukünftige Rolle	teilweise Veränderung Veränderung um die Zeit des britischen EWG-Beitritts. Vorher Konzept der überlappenden Kreise; danach stärkere Rolle in Europa; aber vor allem in wirtschaftlicher Perspektive

In Bezug auf den Aspekt der Souveränität, hat die Entwicklung innerhalb der britischen parlamentarischen Elite einige Veränderungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Souveränität gebracht. Während sie seit den 1960er Jahren einen Verlust britischer Souveränität im wirtschaftlichen Bereich akzeptierte, machte sie klar, dass der britische Beitritt keinen bedeutenden Verlust oder eine Aushöhlung nationaler Souveränität bedeuten würde. Nur ein Verlust von Souveränität im wirtschaftlichen Bereich war vereinbar mit den bestehenden britischen Identitätskonstruktionen. Der britische Beitritt war konstruiert als eine wirtschaftliche Notwendigkeit für Großbritannien.

In Bezug auf die zurückblickende Dimension gab es einige Veränderungen in der Kategorie 'geschichtliche Erinnerungen', während keine wirkliche Veränderung bei den Elementen 'Besonderheiten' und 'nationale Symbole' festgestellt werden konnte. Was die Konstruktionen zur Geschichte anbelangt, wurde Großbritannien in den 1950er Jahren als zum Commonwealth zugehörig betrachtet, während Europa als moralisch besiegt angesehen wurde. Dies hat sich etwas verändert, da Großbritannien von der Frieden erhaltenden Rolle Europas angezogen wurde, die Europa nach den beiden Weltkriegen spielte. Wie die Analyse der Maastricht-Debatten allerdings zeigt, wurden die Erinnerungen und die Angst vor einer deutschen Dominanz nach der Wiedervereinigung wieder zum Hindernis beim Aufbau einer positiveren Beziehung zu Europa. Exemplarisch sei hier an die Äußerungen des ehemaligen Staatsministers unter Thatcher,

Nicholas Ridley, zu Deutschland und der europäischen Integration erinnert. Im Juli 1990 mußte Ridley, ein enger Freund der Premierministerin Thatcher, aufgrund seiner Kommentare von seinem Amt zurücktreten. Am 14. Juli 1990 bemerkte er zur Währungsunion in der Wochenzeitung *The Spectator*:

"This is all a German racket designed to take over the whole of Europe. It has to be thwarted (...) The deutschmark is always going to be the strongest currency, because of their habits."

Und zur europäischen Integration: "I'm not against giving up sovereignty in principle, but not to this lot. You might just as well give it to Adolf Hitler, frankly."

Keine stabilen Veränderungen ergaben sich in den Kategorien 'Besonderheiten' und 'nationale Symbole'. Eine sich vertiefende europäische Integration wird beispielsweise oft eher als Bedrohung für das britische parlamentarische und demokratische System angesehen, denn als Herausforderung, diese Errungenschaften mit Europa zu teilen oder sie in Europa einzubringen. Die gleichen Konstruktionen treffen auch auf die britischen Nationalsymbole zu. Das britische Parlament und die britische Währung werden als starke nationale Symbole konstruiert, die durch eine weitere europäische Integration und das Eindringen von immer mehr europäischen Symbolen gefährdet sind.

Die größten Veränderungen ergaben sich bei der in die Zukunft gerichteten Dimension. Während Kontinentaleuropa in den 1950er Jahren in britischen Konstruktionen nur eine sehr untergeordnete Rolle spielte, stellt die Mehrheit der britischen parlamentarischen Elite die Mitgliedschaft Großbritanniens und seine Rolle innerhalb der Europäischen Union nicht mehr ernsthaft in Frage. In den letzten Jahren kann der Kampf um Europa am besten mit der Frage beschrieben werden: 'wie viel Europa brauchen wir?' Diese Frage bezieht sich direkt auf die Tiefe und Qualität der Zusammenarbeit mit Europa. Ältere Konstruktionen konkurrieren immer wieder mit Konstruktionen einer stärkeren britischen Rolle in Europa. Großbritannien wird folglich wegen seiner weltweiten Ambitionen als zu verschieden von Europa betrachtet.

Wenn man die empirischen Ergebnisse der sechs Kategorien von nationalstaatlicher Identität zusammenfasst, lässt sich schließen, dass sich die Konstruktionen britischer Identität seit den 1950er Jahren zwar nicht wesentlich verändert haben, aber trotzdem einige bedeutende Modifikationen und Adaptionen erfolgten. Europa wird in Großbritannien immer noch oft als freundliches 'anderes' konstruiert, was durch die Verwendung von 'wir' versus 'sie'-Identitätskonstruktionen unterstrichen wird:

"We and, even more, *our friends in Europe* (...)." (Staatsminister Younger 1950: 216, Betonung hinzugefügt)

"I regularly go to *Europe* (...)." (Staatsminister Clarke 1993: 1217, Betonung hinzugefügt)

Die empirischen Ergebnisse in Bezug auf die Visionen der europäischen politischen Ordnung werden in *Tabelle 2* zusammengefasst. Alle britischen Regierungen stimmen dem zwischenstaatlichen Modell der europäischen Zusammenarbeit zu, einer intergouvernementalen Vision, die auf unabhängigen und souveränen Nationalstaaten basiert und mit de Gaulles Konzept eines 'Europe des patries' korrespondiert. In den 1950er Jahren wurde daher der Europarat dank seiner intergouvernementalen Struktur bevorzugt. Das Zitat aus den 1990er Jahren zeigt die enge Verknüpfung zwischen Identitätskonstruktionen und politischer Ordnungsvorstellung für Europa:

"I have hitherto looked upon the Council of Europe as the laboratory of a great experiment of confederation. (...) I will give (...) the dictionary definition: 'A permanent union of sovereign states for common external action' – not a bad definition. That is always what I wanted." (Sir Boothby 1953: 2342)

"(...) the debate about Britain's future place in Europe is about the future place of the House of Commons in Europe. Those of us who wish to resist any further moves to a federal state of Europe do so in large part precisely because we wish to protect the rights and the powers of Parliament." (Spicer 1992: 643)

In den frühen 1950er Jahren war die britische Vision der europäischen politischen Ordnung wahrscheinlich näher an einer bloßen Assoziation, weil Großbritannien fern blieb und sich nur als Freund und Unterstützer der europäischen Integration in Bezug auf EGKS, EVG and EWG konstruierte. Selbst ein Verlust in Bereichen wirtschaftlicher Souveränität wurde von der parlamentarischen Elite damals abgelehnt. Aber während diese europäischen Projekte hauptsächlich wegen ihrer politischen Implikationen abgelehnt wurden, kann darüber spekuliert werden, ob eine Partizipation und ein begrenzter Verlust an wirtschaftlicher Souveränität möglich gewesen wären, wenn diese Organisationen nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten allein bewertet worden wären. Maastricht war gekennzeichnet durch einen Verlust an wirtschaftlicher Souveränität und durch ein teilweises Teilen von Souveränität, aber die Regierung Major favorisierte vor allem zwischenstaatliche Kooperation unter Nationalstaaten in politischen Gebieten. Deshalb wird der Begriff zwischenstaatliche Kooperation für die Maastricht-Zeit in *Tabelle 2* verwendet.

Ich habe bereits dargelegt, dass die britische Debatte über die europäische Einigung keine Rechts-Links-Frage ist, sondern dass beide großen britischen Parteien, Labour und die Konservativen, in der europäischen

Frage tief gespalten sind. Die empirischen Ergebnisse im zeitlichen Verlauf unterstützen meine Behauptung, dass wegen der Konstruktionen britischer Identität die Vision eines zwischenstaatlichen / konföderalen Modells von allen britischen Regierungen stets bevorzugt wurde.

Tabelle 2: Vorherrschende Visionen der europäischen politischen Ordnung zwischen 1950 und 1993

Fallstudie	Vorherrschende Vision der europ. polit. Ordnung
1950er Jahre unter Attlee, Churchill, Eden und Macmillan	Assoziation / Konföderation
Erste Bewerbung von 1961 unter Macmillan	Konföderation
Zweite Bewerbung von 1967 unter Wilson	Konföderation
Britischer Beitritt unter Heath (1970-2)	Konföderation
Vertrag von Maastricht unter Major (1991-3)	Zwischenstaatliche Kooperation

Wie *Tabelle 3* zeigt, gibt es keinen Unterschied zwischen den Konservativen und der britischen Labour Partei in Bezug auf die vorherrschenden Vision der europäischen politischen Ordnung. Beide Parteien bevorzugen in überwältigender Weise eine zwischenstaatliche / konföderale Vision europäischer Ordnungsvorstellung bei nur wenigen Befürwortern eines föderalen Europas. Das ist ein klarer Gegensatz zu den Liberalen (und später den Liberaldemokraten), die vor allem die Vision eines föderalen Europa favorisieren. Da ich die Entwicklung der nationalstaatlichen Identität und die Vision politischer Ordnungsvorstellung der britischen Liberalen (Liberaldemokraten) in dieser Untersuchung nicht gesondert analysiert habe, sind die erwarteten Ergebnisse in Klammern gesetzt.

Tabelle 3: Von den wichtigen Parteien bevorzugte vorherrschende Visionen der europäischen politischen Ordnung

	Vorherrschende Visionen der europ. politischen Ordnung	
Parteien	Europa als Konföderation	Europa als föderaler Staat
Konservative	Mehrheit	Minderheit
Labour Partei	Mehrheit	Minderheit
Liberales, Liberaldemokraten	[Minderheit]	[Mehrheit]

Aus sozialkonstruktivistischer Sichtweise wird argumentiert, dass in den internationalen Beziehungen nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern auch Identitäten eine Rolle spielen. In der vorliegenden Untersuchung konnte gezeigt werden, dass die Konstruktionen der nationalstaatlichen Identität die jeweiligen Visionen der europäischen politischen Ordnung zumindest beeinflusst haben. Im Gegensatz zu Moravcsik (1998) bin ich eher an der Qualität der britischen Zusammenarbeit mit Europa interessiert als an der Frage, warum europäische Zusammenarbeit überhaupt stattfindet. Es kann gezeigt werden, dass die Konstruktionen britischer Identität in erster Linie nicht mehr anbieten als die qualitative Möglichkeit einer wirtschaftlichen Integration, ohne politisch zu Europa zu gehören und substantiell an britischer Souveränität zu verlieren. Folglich wird die zwischenstaatliche / konföderale Vision als europäische politische Ordnungsvorstellung bevorzugt. Die parlamentarische Elite in Großbritannien zieht einen deutlichen Trennungsstrich zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Implikationen der europäischen Integration. Während die wirtschaftliche Integration mit der nationalstaatlichen Identität Großbritanniens und seiner vorherrschenden Vision eines zwischenstaatlichen Europas kompatibel ist, bei dem die britische Identität im wesentlichen intakt bleibt, ist die politische Integration nicht kompatibel mit britischer Identität, führt zur Vision eines föderalen Europas und zerstört die britische Identität.

Beide Visionen wurden auch induktiv in der Analyse der politischen Debatte über Europa gefunden, die Vision eines föderalen Europas wurde jedoch nur von einer kleinen Minderheit innerhalb beider britischer Parteien unterstützt. Was diese Visionen der europäischen politischen Ordnung angeht, weiche ich von Diez (1999) und anderen Kollegen (Jachtenfuchs 1996, 1998, 1999) ab, indem ich die Ansicht eines starken Konsen-

ses zwischen den zwei großen britischen Parteien vertrete, während Diez deutlich mehr Diskurse findet. Ich war aber nur an den vorherrschenden Visionen der europäischen politischen Ordnungsvorstellung interessiert und halte deshalb daran fest, dass – gemäß meiner empirischen Ergebnisse – sich beide dominierenden britischen Visionen auf der "state governance / state-centred government"-Ebene befinden (siehe zum Beispiel auch Thatcher 1993: 536):

"Looking back, it is now possible to see the period of my second term as Prime Minister as that in which the European Community subtly but surely shifted its direction away from being a Community of open trade, light regulation and freely co-operating sovereign nation-states towards statism and centralism. I can only say that it did not seem like that at the time...It was clear to me from the start that there were two competing visions of Europe: but I felt that our vision of a free enterprise *Europe des patries* was predominant."

Die empirischen Ergebnisse widersprechen auch neofunktionalistischen Annahmen, insofern der Neofunktionalismus einen dynamischen Prozess von funktionalen zu politischen spillovers voraussagen würde. Meine Untersuchung zur Entwicklung britischer Identität zeigt, dass sich ein deutlicher Unterschied zwischen wirtschaftlichen und politischen Implikationen entwickelt hat. Die politische Integration wird überwiegend abgelehnt, so kann fast keine Übertragung von Loyalitäten auf die europäische Ebene, die von der Schaffung gemeinsamer Überzeugungen oder der Entwicklung einer europäischen Identität begleitet wäre, beobachtet werden. Ein politisches und föderales Europa sowie eine europäische Identität werden überwiegend noch immer als Bedrohung für die britische Identität gesehen.

Auf der Grundlage von sozialpsychologischen Erkenntnissen zur Identität postuliere ich, dass nationale Identitäten im Verlauf der Zeit relativ stabil sind, wenn auch nicht unveränderlich. Die Analyse der Entwicklung der britischen Identität unterstützt diese Annahme deutlich. Die britische Identität hat sich im Verlauf der europäischen Integration zwar verändert, aber nicht dramatisch.

Diese Untersuchung kann in mehreren Punkten kritisiert werden. Es kann behauptet werden, dass ich nicht nur geopolitische und sicherheitsrelevante Erklärungen der britischen Einstellungen zu Europa nicht berücksichtigt, sondern auch Faktoren britischer Innenpolitik vernachlässigt habe. Obwohl dies Schwächen meiner Analyse sein könnten, vertrete ich die Ansicht, dass in der Untersuchung eines langen Zeitraums Kurzzeiteinflüsse minimiert werden. In dieser Untersuchung konnte ich zeigen, dass beide Parteien in der Europa-Frage gespalten sind und dass die Konstruktionen zur britischen Identität veränderungsresistent waren.

Nach den Weltkriegen musste sich die britische Außenpolitik im Verlauf der Zeit verändern, zumindest um sich an den nationalen und internationalen Kontext anzupassen. Trotzdem wird Großbritannien immer noch beschrieben als

"a 'reluctant European' in terms of adopting a minimalist, Gaullist approach to European integration ... British leaders continued to be attracted by the lure of an extra-European role and dazzled by the idea of special links with Washington. Even the Thatcher governments in the 1980s, which promised to administer a sharp dose of realism to foreign policy as to other areas of British government, did not represent a sharp break with the past." (White 1992:8)

Es gibt verschiedene Probleme, die berücksichtigt werden müssen, wenn man sich auf die Konstruktionen britischer Identitäten im britischen Parlament verlässt. Die Tatsache, dass es sich bei den Quellen um Parlamentsdebatten handelt, bedeutet, dass in den Beiträgen Sichtweisen ausgedrückt werden, die von Abgeordneten entwickelt wurden. Zweifellos ist das britische Parlament ein Forum für Debatten, aber diese Debatten sind nicht neutral. Erstens wird die Wichtigkeit der parlamentarischen Souveränität in den Identitätskonstruktionen der parlamentarischen Elite überbewertet. Gelegentlich wird der Parlamentssoveränität von der jeweils amtierenden Regierung nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt, wenn wichtige Fragen vor das Unterhaus kommen. Zum Beispiel wurde die Einheitliche Europäische Akte (EEA) mit fallbeilartiger Geschwindigkeit ratifiziert, um die Parlamentsdebatte zu begrenzen. Zweitens beinhalten Ratifizierungsprozeduren einen institutionellen Bias. Wegen der Art, wie das Gesetz über die Europäischen Gemeinschaften 1972 verabschiedet wurde, benötigten nachfolgende Ratifizierungen nur noch Zustimmungen zu Veränderungen bei 'Pfeiler Eins'. Deshalb ist die Debatte über Maastricht gewissermaßen verzerrt gegenüber der Betrachtung von Bereichen wie Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Justiz- und Innenpolitik. Drittens ist eine der Eigentümlichkeiten, wie Parlamentdebatten im Vereinigten Königreich funktionieren, dass Konventionen über die Durchführung von Debatten oft beinhalten, dass die Hinterbänkler unverhältnismäßig mehr Redezeit in Anspruch nehmen. Ansichten der Führungselite beider Parteien riskieren dagegen, davon überschattet zu werden. Schließlich spielt 'adversarialism' eine Rolle, wie die Analyse der britischen Identitätsdebatte gezeigt hat. Im Unterhaus heißt das Spiel 'adversarialism' und 'oppositionism'. Dieses Charakteristikum ist eher noch stärker, wenn die Diskurse der Liberalen / Liberaldemokraten ausgeschlossen werden. Der Einfluss dieses Merkmals kann in vielen Fällen gezeigt werden, zum Beispiel, als die Labour Partei in der Opposition 1971 gegen den

EWG-Beitritt gestimmt hat (zugegebenermaßen zu den Bedingungen von Heath), obwohl die EWG-Mitgliedschaft auch die offizielle Position von Labour war, oder als eine ziemlich 'pro-europäische' Labour Partei gegen Maastricht gestimmt hat (zugegebenermaßen mit den beiden Ausstiegsklauseln der Konservativen), obwohl der Maastrichter Vertrag im Prinzip unterstützt wurde.

Unter Berücksichtigung dieser Probleme, die eng mit der Analyse der britischen Identitätsdebatte innerhalb der parlamentarischen Elite verbunden sind, habe ich versucht, diese Verzerrung zu minimieren und die Entwicklung der britischen Identität in Bezug auf Europa ausgewogen zu präsentieren.

Britische Identität und Vision der politischen Ordnungsvorstellung unter Blair

Erste Überlegungen

In der Vergangenheit haben sich die Erwartungen für eine neue Beziehung zwischen Großbritannien und Europa oft als unbegründet und enttäuschend erwiesen, aber der neue Start von Labour 1997 war ermutigend. Erstens durchlief Labour über einen langen Zeitraum eine wirkliche Veränderung von einer 'anti-europäischen' zu einer relativ 'pro-europäischen' Partei. Dank des 'pro-europäischen' Labour-Führers John Smith wurde dieser Prozess nach der Wahlniederlage 1992 auch nicht revidiert. Zweitens hatte Labour, anders als bei der Major-Regierung nach 1997, eine riesige parlamentarische Mehrheit und war nicht von einer großen euroskeptischen und innerparteilichen Opposition unter Druck gesetzt.

Als Labour 1997 unter Tony Blair wieder an die Macht kam, unterstrich der neue Premierminister seinen Wunsch, Großbritannien "im Herzen von Europa" zu platzieren. Der gleiche Wunsch war schon vom konservativen Premier John Major nur wenige Jahre zuvor ausgedrückt worden (Maier-Walser 1994). Die Konservativen sind jedoch seit Maastricht eine noch euro-skeptischere Partei geworden. Obwohl eine EU-Mitgliedschaft nicht ablehnt wird, sind die Konservativen gegen eine tiefere (politische) Integration. Am 115. Konservativen Parteitag in Bournemouth am 5. Oktober 1998 stellte Oppositionsführer William Hague das Abstimmungsergebnis der Konservativen zum Euro vor und forderte, dass die Konservative Partei auf Grundlage dieses Ergebnisses (84,4% für die Beibehaltung des Pfunds) im nächsten Wahlkampf für den Erhalt des Pfunds kämpfen würde. Hague (5. Oktober 1998) machte klar, dass Groß-

britannien in Europa sein sollte "but not run by Europe."⁷ Schatten-Außenminister Michael Howard betonte, dass die politischen Implikationen der gemeinsamen Währung berücksichtigt werden müssen. Nach Auffassung der Konservativen bedrohen die Entwicklungen in Europa die britische Identität. Ihrer Ansicht nach würde die EU zum zentralisierten, föderalen europäischen Super-Staat werden.

"How does it help the people in Europe if different countries and traditions are jammed together? ... We will not stand by and see our parliamentary democracy handed away ... We are fighting for control of our destiny." (Howard, 7. Oktober 1998)

Mit Blick auf die bevorzugte Vision der politischen Ordnung in Europa wurde betont, dass die Konservativen eine Europäische Union der Nationalstaaten unterstützten (Hague, 1. November 1999). Während der Daily Telegraph kommentierte, dass William Hague die Torys in den nächsten Wahlkampf mit dem euro-skeptischsten Wahlprogramm der Parteigeschichte führen würde (The Daily Telegraph, 7. Oktober 1999), sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es immer auch einige 'pro-europäische' Stimmen wie Michael Heseltine und Kenneth Clarke gab. Diese beiden Konservativen starteten 1999 zusammen mit Tony Blair und Charles Kennedy, dem Vorsitzenden der Liberaldemokraten, die überparteiliche pro-europäische Organisation 'Britain in Europe'.

Die Geschichte entwickelte sich für die Labour Partei in eine andere Richtung. Es gab einige Schritte, die einen deutlichen Bruch mit der Major-Vergangenheit zeigen. Großbritannien unterschrieb die Sozialcharta und die britische Regierung unternahm auch einige Initiativen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Diese halfen Großbritannien, die Debatte zu strukturieren (Rasmussen, 2001). Nur ein paar Tage nach dem Wahlsieg präsentierte der Staatsminister im Außenministerium, Doug Henderson, die positive Einstellung Großbritanniens zur EU und versprach, dass Großbritannien mit seinen europäischen Nachbarn zusammenarbeiten und nicht die Sprache von Gegnern verwenden wird (Doug Henderson, 5. Mai 1997). Die Unterschiede gegenüber den Konservativen werden durch das folgende Statement von Außenminister Robin Cook im Unterhaus deutlich:

"The amendment [of the Conservative Party, H.-J. K.] does not list a single positive opportunity that could be taken in Europe, but it comes up with a list of threats from Europe. That is the key difference that we see between ourselves and the Opposition. We see the European Union as an opportunity, they can only see it as a threat. What I find most depressing about the Opposition's stance is what a tim'rous, nervous wee beastie is their version of nationalism – a Britain constantly in fear of the continentals coming up with threatening and constantly clinging for comfort to a veto in case anyone proposes a

7 Siehe auch seine Rede am 6. Oktober 1998.

change. I believe that the British people are proud, self-confident, assertive people and that they deserve a Government who also have confidence – the confidence to offer the leadership in Europe, to shape the agenda of Europe and to choose new directions for Europe." (Außenminister Cook 1997: 808)

In den Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam spielte die neue Labour-Regierung eine konstruktivere Rolle und akzeptierte den Transfer einiger weiterer Gebiete unter die Regelung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung, darunter auch Gebiete, die unter die GASP und Innen- und Justizpolitik fielen. Allerdings wurde beibehalten, dass jeder Mitgliedsstaat eine Abstimmung aus Gründen nationalen Interesses verhindern konnte, worauf die Entscheidung dem Europäischen Rat für eine einstimmige Entscheidung vorgelegt werden kann. Die Regierung Blair betonte, dass es nicht das Ziel sein könne "to establish a European central state," aber dass in einigen Gebieten "a larger measure of integration" notwendig sei; dafür zitierte er die Bereiche GASP sowie Innere Sicherheit und Justiz (The Daily Telegraph, 10. Juni 1998).

Mit Blick auf meine sechs Kategorien von Identitätskonstruktionen hat die britische Labour Partei unter Blair einige Versuche unternommen, um mit älteren existierenden Konstruktionen britischer Identität zu brechen. In Fragen zur *Souveränität* war Großbritannien weniger isoliert von seinen europäischen Nachbarn. Die Regierung Blair war eher bereit, das Vetorecht Großbritanniens und damit auch Teile seiner Souveränität zu opfern, um eine größere Rolle in Europa spielen zu können. Im Zusammenhang mit dem Euro sagte Blair beispielsweise, dass es schwieriger wäre "to fulfil his ambition of being a leading player in Europe if Britain remained outside the euro" (The Daily Telegraph, 25. Mai 2001). Beim Europa-Gipfel von Nizza war Premier Blair erneut bereit zu überlegen, mehr Souveränität zu teilen, um den Weg für die Erweiterung der EU und eine stromlinienförmigere Entscheidungsfindung in einer erweiterten EU zu ebnen. Natürlich bedeutet das nicht, dass Großbritannien seine Souveränität in allen Gebieten aufgeben würde (Forster/Blair 2002: 191). Außenminister Robin Cook erklärte, dass Großbritannien das Vetorecht in sechs Politik-Feldern behalten würde, die zentral für die Identität der Nation seien: Vertragsänderungen, Steuern, Grenzkontrollen, Sozialversicherung, Verteidigung und Einnahmen der EU; in anderen Gebieten könnte Großbritannien qualifizierte Mehrheitsabstimmungen akzeptieren. In Nizza wurden 39 Artikel der EU-Verträge geändert, die nun unter qualifizierte Mehrheitsabstimmung fallen. Cook argumentierte, dass Großbritannien in den vergangenen beiden Jahren 80 Entscheidungen unter qualifizierter Mehrheitsabstimmung gewonnen und nur zwei verloren hatte. Bei Einstimmigkeit hätte Großbri-

tannien jedes Mal verloren, wenn ein anderes Mitgliedsland sein Veto eingelegt hätte (The Daily Telegraph, 17. und 24. November 2000). Großbritannien hat auch die Charta der Grundrechte akzeptiert, bei der Blair aber darauf bestand, dass sie nicht mehr als eine politische Erklärung und rechtlich nicht bindend ist (The Daily Telegraph, 15. Oktober 2000), ebenso wie die 'Schnelle Europäische Eingreiftruppe,' die allerdings nur für humanitäre, Frieden erhaltende oder Frieden schaffende Missionen eingesetzt werden darf (Blair, 21. November 2000).

In der Kategorie *Zugehörigkeit* war die Blair-Regierung nicht so eindeutig. Offensichtlich bekämpfte die Regierung immer noch Ängste, dass 'europäischer werden' bedeutete, weniger britisch zu werden, oder sie versuchten, eine doppelte Identität zu konstruieren. Die Internetseite des Außenministeriums zum Themengebiet 'Großbritannien und EU' stellte fest, dass die Briten seit dem Beitritt vielleicht europäischer geworden sind, aber deswegen nicht weniger britisch. Die stärksten Einlassungen finden sich in den Reden von Doug Henderson und sollten deshalb zitiert werden (Doug Henderson, 11. Juni 1997, Betonung hinzugefügt):

"But what is Europe? There is often confusion in my country. I tell people in my constituency of Newcastle that I am the Minister for Europe. And they ask me when *I will be going to Europe*. I tell them that *I am in Europe in Newcastle-upon-Tyne*. Then they protest."

Dieses Beispiel verdeutlicht, wie die Labour-Regierung versucht hat, die 'wir' versus 'sie'- Konstruktionen aufzubrechen, aber dass diese Konstruktionen in Großbritannien noch immer schwer zu überwinden sind. So verkündete beispielsweise der neue britische Labour-Außenminister Robin Cook im Juni 1997 (Cook 1997: 801, Betonung hinzugefügt):

"(...) because one of the things that those of us *who have gone to Europe* have learnt is (...). As it happens, when *I first went to Europe*, the first European politician I met was Lionel Jospin."

In einer Rede in Paris entwickelte Premier Blair einen Rahmen, der über eine wirtschaftliche Rolle hinauszugehen scheint, als er ein neues politisches Projekt für Europa entwarf (Blair, 24. März 1998):

"Nous disposons, pour l'Union, d'un cadre économique. Il nous faut maintenant un cadre politique, qui soit infiniment plus pertinent, plus à propos, que le cadre actuel. Ceci dit tout à fait indépendamment de la question de l'élargissement. La prochaine étape doit consister à assortir sa conception de l'économie, à la vision politique et sociale qui est la sienne. ... Qu'elle [l'Europe, H.-J. K.] reflète les grandes valeurs sociales et morales que nous partageons. Que sa construction ne soit pas l'effet d'un engagement technique envers le marché, mais d'un engagement politique envers les hommes."

Diese Veränderung ist auch sichtbar innerhalb der drei Kategorien der zurückblickenden Dimension (*Geschichte, Besonderheiten und nationale Sym-*

bole), weil die EU nun mehr als Herausforderung denn als Bedrohung konstruiert wurde. In Bezug auf die britische Geschichte wurde jegliche sentimentale Nostalgie zurückgewiesen sowie Besonderheiten konstruiert und hervorgehoben, die mit Europa und der Welt geteilt werden können.

"I want us to make sense of our history. There is a lot of rubbish talked about the Empire. In my view, we should not either be apologising for it, or wringing our hands about it....There are other strengths. We have the institutions; strong armed forces, a world-respected Diplomatic Service, international companies, the City, the British Council, the World Service, our global charities and NGOs." (Blair, 10. November 1997)

Was die *zukünftige Rolle* Großbritanniens anbelangt, so gab es keinen Zweifel daran, dass die Labour-Regierung eine starke Rolle in Europa nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen unterstützt. Es wurde argumentiert, dass die britische Stimme in der Welt stärker würde, je stärker Großbritannien in Europa ist (Cook, 26. September 2000). Großbritannien sollte in der EU eine führende Rolle spielen, weil die EU mit ihrer wirtschaftlichen und politischen Stärke eine Supermacht werden könnte (The Daily Telegraph, 7. Oktober 2000).⁸ Es war jedoch auch klar, dass die Beziehung zu den USA stark bleiben müsste, mit denen man dieselben Werte und Interessen teilte, dieselbe Weltsicht und den Glauben an Freiheit, den Glauben für das Richtige und Gerechte und eine gemeinsame Geschichte (Blair, 23. Februar 2001). Großbritannien sah sich auch weiterhin in der Brückenfunktion zwischen Europa und den USA.

Mit Blick auf die Vision der europäischen politischen Ordnung bevorzugt die Labour Partei eine Gemeinschaft von Nationen, "a Europe of free, independent sovereign nations who choose to pool that sovereignty in pursuit of their own interests and the common good, achieving more together than alone" (The Daily Telegraph, 7. Oktober 2000).⁹ Es könnte behauptet werden, dass die Modifikationen in den Kategorien Zugehörigkeit und Souveränität einen Einfluss auf die bevorzugte Vision haben. Es scheint jedenfalls richtig, dass die Labour-Regierungen etwas bereitwilliger britische Souveränität abzugeben bereit waren.

Zweifellos wird die zukünftige britische Mitgliedschaft bei der europäischen Gemeinschaftswährung als entscheidender Schritt für die Glaubwürdigkeit britischer Regierungen und als Lackmustest für die Bekehrung der Briten zum Euro gesehen werden. Noch immer ist die Mehrheit der Briten gegen die Abschaffung der britischen Währung. Es wurde schon dargelegt, dass die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion nicht nur ein wirtschaftliches, sondern ein politisches Projekt ist, das direkt mit

8 Siehe Auszüge aus der Rede des Premierministers.

9 Siehe Auszüge aus der Rede des Premierministers.

Konstruktionen britischer Identität verknüpft ist (Knopf 1998; Risse 1999b). Die Analyse der britischen Identitätsdebatte hat gezeigt, dass die britische Währung als nationales Symbol konstruiert ist und deshalb einen wichtigen Teil britischer Identität bildet. Die Regierung Blair hat jedoch die politische Dimension stets ignoriert und immer die fünf wirtschaftlichen Tests des Finanzministeriums in den Vordergrund gestellt. Labour hat behauptet, es würde keine politischen Hindernisse für die Mitgliedschaft geben, was ein bemerkenswerter Bruch mit der Vergangenheit ist. Allerdings steht diese Einlassung in Einklang mit meiner Annahme, dass diejenigen Mitglieder der parlamentarischen Elite, die grundsätzlich bereit sind an einer weiteren europäischen Integration teilzunehmen, politische und identitätsbezogene Argumente vermeiden und vielmehr die wirtschaftlichen Vorteile für Großbritannien hervorheben werden. Gegner jedoch würden eher identitätsbezogene Argumente vorgeben, um eine weitere Integration als Bedrohung der britischen Identität zu charakterisieren.

Die Position der Regierung Blair wird im Folgenden beschrieben. Labour will dem Euro im Prinzip beitreten, abhängig jedoch von fünf wirtschaftlichen Tests: ob es zwischen Großbritannien und den Volkswirtschaften einer Einheitswährung dauerhafte Konvergenz geben kann; ob es genügend Flexibilität gibt, um auf wirtschaftliche Veränderungen reagieren zu können; ob sich positive Auswirkungen auf die Auslandsinvestitionen abzeichnen; ob es einen positiven Einfluss auf die britischen Finanzdienstleistungen im Allgemeinen gibt und ob der Beitritt gut ist für das Wachstum und die Beschäftigung in Großbritannien (Blair, 20. Januar 1998):

"We believe a single currency can make sense in a Single European market. There is no insuperable constitutional barrier to our joining. The test is whether the economic benefits of EMU are demonstrably clear and unambiguous."

Der Minister für Nordirlandfragen, Peter Mandelson, enthüllte jedoch Unstimmigkeiten im Kabinett als er zugab, dass die Regierung einen taktischen Fehler begangen habe, weil sie glaubte, dass sie die Öffentlichkeit überzeugen könne, der Einheitswährung allein aus wirtschaftlichen Gründen beizutreten: "Pro-Europeans are making a mistake if they fail to appreciate the need for political and constitutional arguments" (The Daily Telegraph, 17. November 2000); und Eddie George, der Leiter der Bank von England, erklärte, dass die Währungsunion grundsätzlich eher eine politische als eine wirtschaftliche Frage sei, weil damit die Aufgabe nationaler Souveränität und eine größere politische Abstimmung einhergingen (George, 12. September 2000).

Am 1. Januar 2002 wurde der Euro in zwölf europäischen Ländern eingeführt und Großbritannien stand wieder abseits. Am 30. Geburtstag der britischen Unterzeichnung der Römischen Verträge verpasste Großbritannien erneut das Boot, wie die britische 'pro-europäische' Organisation 'Britain in Europe' titelte. In einer Rede an das 'Großbritannien in Europa' Publikum in London drängte der frühere stellvertretende konservative Premierminister Lord Heseltine dann auch am 22. Januar 2002 die Labour-Regierung unter Premierminister Tony Blair, den Überzeugungsprozess für den Euro endlich zu beginnen.

Während Premier Blair die fünf wirtschaftlichen Tests betont und schon gar nicht versucht, die Briten mit politischen und identitätsbezogenen Argumenten zu überzeugen, befürchten die Konservativen, dass die Einheitswährung der Wegbereiter eines föderalen Europas ist.¹⁰

Die Debatte über den Euro zeigt erneut deutlich, dass der politische Diskurs in Großbritannien nicht ausschließlich von wirtschaftlichen Argumenten alleine bestimmt ist. Die wirtschaftliche Diskussion ist sogar ziemlich ausgeglichen und Fachleute argumentieren in beide Richtungen. Wichtig ist, dass das britische Pfund als nationales Symbol konstruiert ist, so dass die Aufgabe der britischen Währung direkt mit Fragen britischer Identität verbunden ist. Die britische Währung zugunsten des Euro aufzugeben, wird als Verlust britischer Identität konstruiert. Außerdem ist der Verlust des Pfunds mit einem weitergehenden Verlust an nationaler Souveränität verbunden, und die europäische Wirtschafts- und Währungsunion wird als politisches Projekt betrachtet, das zu einer politischen Union und zu einem föderalen Europa führt – der Vision einer europäischen politischen Ordnung, die in Großbritannien mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wird.

"What is the point of trying to get elected to Parliament only to hand over sterling and the powers of this House to Europe? (...) I take it that the right hon. Gentleman's [Paddy Ashdown, Parteiführer der britischen Liberaldemokraten, H.-J. K.] policy is to abolish the pound sterling, the greatest expression of sovereignty." (Premierministerin Thatcher 1990: 873-874)

Deshalb erwarte ich, dass die Einführung des Euro in Großbritannien, wie in den letzten fünfzig Jahren, erneut von hitzigen Debatten über die britische Identität begleitet sein wird, selbst wenn die wirtschaftlichen

10 Siehe auch die konservative Wahlanzeige zum 1. Mai 1997 "The Single Currency." Anzeige von Paul Sykes, *The Times*, 29. April 1997; siehe auch Wallace, Ian. 2000. *A United Germany in a New Europe. Some British Perceptions*, Studien zur Internationalen Politik, Heft 1, Hamburg: Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg, S. 29.

Bedingungen erfüllt wären. Es wurde schon in den Debatten über den Maastrichter Vertrag betont, dass die Wirtschafts- und Währungsunion ein politisches Projekt ist und deshalb die WWU abgelehnt werden müsse. Norman Lamont, der damalige Schatzkanzler, betonte die Vorteile, die eine einheitliche Währung für den Handel zwar bringen würde, erwähnte aber gerade auch die Unsicherheiten, die mit einer europäischen Währung einhergingen. Wichtiger waren in seinen Augen aber die politischen Implikationen und der Verlust der Souveränität, die bei der Aufgabe der britischen Währung zum Tragen kämen.¹¹

Teile der politischen Führung beider Parteien haben versucht, mehr 'pro-europäische' Konstruktionen anzubieten, indem sie historische Ähnlichkeiten und Möglichkeiten betonten, um den geografischen Kanal zwischen Großbritannien und dem europäischen Festland zu überbrücken. Andere Teile der parlamentarischen Elite halten jedoch an älteren Identitäts-Konstruktionen gegenüber Europa fest. Sie präsentieren Großbritannien als zu verschieden vom europäischen Kontinent sowie als Gefahr für die britischen Besonderheiten und warnen, dass die britische Identität auf dem Spiel steht, wenn man ein größeres Engagement mit Europa eingeht.

Die Entwicklung einer europäischen Identität in Großbritannien ist eine schwierige Aufgabe. Dieses Problem kann den Identitätskonstruktionen von großen Teilen der britischen parlamentarischen Elite zugeschrieben werden, die immer noch in Schwierigkeiten geraten, wenn sie Identitätskonstruktionen anbieten, die Großbritannien innerhalb Europas und ein klares politisches Bekenntnis zu Europa beinhalten. Das war auch ein wichtiges Merkmal in meiner Untersuchung zur britischen Identitätsdebatte zwischen 1950 und 1993.

Die Dinge haben sich jedoch etwas positiver entwickelt, seit Labour 1997 die Macht übernommen hat. Es gab einige Veränderungen in den Identitätskonstruktionen der Labour- Partei. Das Gegenteil trifft auf die Konservativen zu. Labour ist jetzt eine recht 'pro-europäische' Partei und auf dem Weg, eine europäische Identität anzubieten – nicht als Ersatz für die britische Identität, sondern in Ergänzung zu ihr. Ich bezweifle jedoch die Richtigkeit der Strategie, die Briten vom Euro und von Europa erneut auf der Basis einer rein wirtschaftlichen Argumentation zu überzeugen.

11 Norman Lamont, der Schatzkanzler, Offizieller Bericht, 21. Mai 1992, Spalte 587; siehe auch William Cash, Conservative MP, Offizieller Bericht, 2. Juli 1992, Spalte 1036.

Normative Überlegungen

Indem ich für die Herausbildung einer europäischen Identität argumentiere, nehme ich eine normative Perspektive ein. Graf Kielmansegg und andere Autoren haben sich der Frage zur europäischen Integration ebenfalls normativ genähert (siehe u.a. Graf Kielmansegg, 1996; Bellamy/Warleigh, 2001; Czempiel, 2002; Hoyer/Kaldrack, 2002). Graf Kielmansegg verweist zurecht darauf, dass sich stabile Verbindungen zur und Solidarität innerhalb der Europäischen Union nicht auf Grundlage von rein ökonomischen Mittel-Zweck-Berechnungen entwickeln. Die Unterstützung Europas durch gemeinsam geteilte Überzeugungen ist notwendig, damit Europa seine Aufgaben und weltweiten Verpflichtungen erfüllen kann. Wie jedes politische System braucht die EU die Loyalität ihrer Mitgliedsländer. Ein Transfer von Loyalität wird begleitet von der Entwicklung einer gemeinsamen (europäischen) Identität, für die politische Zugehörigkeit eine wichtige Voraussetzung ist.

Während der Prozess der europäischen Integration als Chance und Herausforderung oder als Bedrohung für die nationalen Identitäten gesehen werden kann, ist im Fall Großbritanniens festzustellen, dass eine tiefere (politische) Integration oft als Bedrohung der britischen Identität konstruiert wurde, ohne die möglichen Vorteile wahrzunehmen. Das begann sich mit der Regierungsübernahme von Labour leicht zu verändern.

Die Entscheidung über den Euro (die fünf wirtschaftlichen Tests) werden jedoch begleitet sein von hitzigen Argumenten über die britische Identität, mit einer Volksabstimmung, die noch weit davon entfernt ist, gewonnen zu sein. Während die Euro-Skeptiker Labour unter Druck gesetzt haben, einem Referendum über den Euro zuzustimmen, hat Labour versucht, nicht über den Euro zu diskutieren. Das Referendum über den Euro ist nun auf unbestimmte Zeit verschoben.

In der Vergangenheit ist das britische Verhältnis zu Europa halb losgelöst gewesen.¹² In Zukunft sollte Labour den politischen Prozess der Überzeugung verstärken und stabile 'pro'-europäische Identitätskonstruktionen zum Euro anbieten. Das würde auch den Anspruch von Labour unterstützen, im Herzen Europas zu sein.

12 Für neuere Beiträge zu diesem Thema siehe Schwarz (1997), Gowland/Turner (2000) und Duff (1998).

New Labour – ein neuer Start für eine europäische Identität?

Der Start von New Labour 1997 war ermutigend. Die Regierung der Konservativen war bis 1997 behindert durch einen stetig anwachsenden Flügel von Euro-Skeptikern und Euro-Rebellen, der befriedet werden musste. Der Ton in Bezug auf Europa wurde immer feindseliger. Blair betrat die politische Arena wieder mit dem Leitmotiv, dass Großbritannien im Herzen Europas sein sollte, wie das John Major einige Jahre zuvor ebenfalls mit einer riesigen parlamentarischen Mehrheit versucht hatte. Aber selbst für die britische Labour Partei scheint dieser Wunsch zu optimistisch zu sein.

Zweifellos hat sich der Ton gegenüber Europa mit Beginn von New Labour verändert. Tony Blair arbeitet mit seinen europäischen Partnern zusammen, ohne allzu viel von der britischen Souveränität aufzugeben, beispielsweise in den Feldern der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Innen- und Justizpolitik. Die Labour-Regierung ratifizierte auch die Sozialcharta, so wie sie das versprochen hatte, als sie noch in der Opposition war. Führende Labour-Politiker haben versucht, die Kluft und die Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Europa zu überbrücken, die die Konservativen hinterlassen hatten. Wie in Kapitel 3 dargestellt, spielten die sechs Elemente von Identitätskonstruktionen eine wichtige Rolle. Die britische Souveränität bleibt jedoch die vielleicht brennendste Frage in der Debatte über die weitere europäische Integration. Obwohl Labour in einigen Bereichen qualifizierte Mehrheitsentscheidungen akzeptiert hat, wurde andererseits erklärt, dass Großbritannien in sechs für die britische Identität zentralen Gebieten das Vetorecht beibehalten werde. Hinsichtlich der *Zugehörigkeit* betonte Doug Henderson zwar, dass Großbritannien und Europa nicht als Gegenspieler konstruiert werden sollten, es ist allerdings alles andere als klar, ob es in dieser Kategorie eine stabile Veränderung gibt. Zumindest im Irak-Krieg zeigte Blair erneut seine unerschütterliche Loyalität zu und Verbundenheit Großbritanniens mit den USA, und auch am jüngsten Labour-Parteitag Ende September 2005 in Brighton beschwor Premier Blair die enge Partnerschaft mit den USA (Blair, 27. September 2005):

"Britain should also remain the strongest ally of the United States. I know there's a bit of us that would like me to do a Hugh Grant in Love Actually and tell America where to get off. But the difference between a good film and real life is that in real life there's the next day, the next year, the next lifetime to contemplate the ruinous consequences of easy applause. I never doubted after September 11th that our place was alongside America and I don't doubt it now."

In den anderen Kategorien gab es stärkere Bemühungen, Europa als Herausforderung für Großbritannien und nicht als Gefahr zu konstruieren.

Die Herausbildung einer europäischen Identität in Großbritannien kann allerdings kaum beobachtet werden. Historisch betrachtet liegt der Grund für dieses Fehlen innerhalb der politischen Elite in der Tatsache, dass sich keine britische Regierung wirklich überzeugend und andauernd am Wettbewerb für die Bildung eines politisch vereinten Europas beteiligt hat. "British reticence over Europe has meant that she is not part of that game" (Wæver 2005: 51). Die britischen Bemühungen der Europäischen Gemeinschaft beizutreten, (1961 unter dem Konservativen Macmillan, 1967 unter Wilson [Labour] und schließlich erfolgreich unter Heath [Konservative Partei] mit dem britischen Beitritt 1973) waren pragmatisch und vor allem von wirtschaftlichen Erwägungen beeinflusst. Alle britischen Premierminister haben besonders betont, dass Großbritannien einer Wirtschaftsgemeinschaft beitrete und dass der Beitritt zu dieser Gemeinschaft keinen Verlust nationaler Identität und britischer Souveränität zur Folge hätte. Diese Strategie schien nützlich, um Großbritannien in die EU zu bringen, aber fatal, um Großbritannien im Herzen Europas zu verankern, weil die europäische Integration immer auch politische Projekte und die (politische) Vertiefung der EU beinhaltet, die aus britischer Sicht mit einem zu hohen Verlust an britischer Souveränität verbunden ist.

Die gleiche Strategie und der gleiche Fehler kann unter der Blair-Regierung beobachtet werden: es wird bekannt gegeben, dass Großbritannien dem Euro erst nach Bestehen von fünf wirtschaftlichen Tests beitreten kann. Aber die Einführung des Euro ist keineswegs nur ein wirtschaftliches Projekt. Der Euro ist ein stark identitätsbeladenes politisches Projekt, weil der Euro die britische Währung ersetzen würde. Gerade weil sich nationale Identitäten nicht täglich verändern und weil Identitäten auch höchst widerstandsfähig gegenüber Veränderungen sind, fehlt es den bisherigen Labour-Regierungen an Mut, einen entschiedenen Überzeugungsprozess zum Euro zu initiieren.

Tony Blair lässt sich von der Konservativen Partei treiben. Die Konservativen kündigen eine Volksabstimmung zum Euro an, Labour macht dasselbe. Die Konservativen entscheiden sich für ein Plebiszit über die Europäische Verfassung, Labour macht dasselbe nur Wochen vor der Wahl 2005, obwohl Blair in den Monaten zuvor stets argumentierte, ein Plebiszit über die Europäische Verfassung sei nicht notwendig. Nach der Wahl 2005, mit nur noch einer kleinen Mehrheit im Parlament, haben sich die Bedingungen für eine positivere Haltung zu Europa weiter verschlech-

tert. Dank der verlorenen Volksabstimmungen über die Europäische Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden – eine Volksabstimmung, die gerade in Großbritannien wohl kaum zu gewinnen gewesen wäre –, muss Blair das Referendum über die Verfassung nicht einmal verschieben, er kann es gleich ganz absagen. Nicht überraschend, dass er auch die Frage über den Beitritt zum Euro während des Wahlkampfs auf unbestimmte Zeit verschoben hat.

Ähnlich skeptisch wie der Autor äußert sich David Marquand (2003) in einer Titelstory im *New Statesman*. Auch Marquand sieht Tony Blair und New Labour mit deren Zielsetzung gescheitert, Großbritannien im Herzen Europas zu verankern und führt dafür insbesondere das fehlende Engagement für den Euro und das Vasallentum gegenüber den USA an:

"The chances of an early referendum on the euro – and of a 'yes' majority if it took place – were dwindling even before the Iraq crisis broke. Now they must be close to zero. (...) It hurts to say it, but the bitter truth is that the most pro-European prime minister for 30 years has become a liability to the cause. A still more bitter truth has to be faced as well. Blair's actions in the past five weeks have struck at the heart of the European project and the European ideal. The European Union is not primarily about economics (...) It embodies a vision of transnational governance that springs from experience of conquest, reconquest, slaughter, genocide, dictatorship and torture during the first half of the 20th century. The Union's founders – Monnet, Schuman, Adenauer, de Gasperi, Spaak and the rest – had lived through that experience, and with the imagination and pertinacity they developed a new approach to the relations between states and peoples, designed to make another relapse into barbarism impossible. They did not expect to end conflicts of interest and culture; but they hoped to contain them within a structure of law, negotiation, power-sharing and consensus-building. Miraculously, they succeeded. (...) The Union they built has nothing in common with previous attempts to unite Europe by force. It is based on law, and it is quintessentially multilateralist. It is also based on the tacit premise that its members give a higher priority to their common enterprise than to their relations with any non-European power. (...) In siding with a unilateralist United States against the multilateralists of old Europe, Blair shows that he does not understand – and, still worse, that he does not care – what the European Union is for. (...) Britain will once again be seen, quite rightly, as a disloyal splitter. He will pay a heavy price. So will the British people."

Dabei wird erneut deutlich, dass Europa nicht auf wirtschaftlichen Interessen alleine gebaut ist. Ideen, Normen, Kultur, Werte und Identitäten spielen eine wichtige Rolle, wie dies auch aus sozialkonstruktivistischer Perspektive betont wird. Es sind größte Zweifel angebracht, ob New Labour diese Botschaft verstanden hat.

Was von dieser Labour-Regierung in Zukunft zu erwarten ist, sind Argumente und Gegenargumente von verschiedenen Fraktionen innerhalb einer geschwächten Regierung. Obwohl Blair in seiner Rede vor dem Europa-Parlament am 23. Juni 2005 erklärte, dass die Europäische Union mehr als ein gemeinsamer Markt ist (Blair, 23. Juni 2005), haben britische

Politiker seit Jahrzehnten ihren Wählern versprochen, dass sich die EU nicht zu einer politischen Union entwickeln, sondern eine Kooperation souveräner Mitgliedsstaaten bleiben würde. Unter diesen Voraussetzungen wird sich in Großbritannien keine europäische Identität herausbilden können.